

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbefehlsgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk. bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Graf in Wildbad.

Nummer 296

Februar 1920

Wildbad, Montag, den 20. Dezember 1920

Februar 1920

54. Jahrgang

Der Einfluß der Neckarkanalisierung auf die Landeskultur.

Ohne Zweifel ist die Schiffbarmachung des Neckars und seine Verbindung mit den Hauptströmen Deutschlands von ganz erheblichem Vorteil für Industrie, Handel und Gewerbe. Doch dürfte nicht zu leugnen sein, daß ein Hauptzweck der Landwirtschaft, unsere Landeskultur, neben Vorteilen auch erhebliche Nachteile durch die Neckarkanalisierung zu erwarten hat.

Vor allem ist ihr Einfluß auf den Grundwasserspiegel der angrenzenden Grundstücke sicher unermesslich.

Dazu schreibt Regierungsbaumeister Neubert-Karlruhe im „Karllsruher Tagblatt“:

Bekanntlich unterscheiden wir drei Arten des Bodens: gebundenes, freies und Grundwasser. Zum Unterschied vom gebundenen und freien fällt das Grundwasser die gesamten Hohlräume aus und verdrängt dafür fast alle Luft aus dem Boden. Gerhardt schreibt, daß es durch Regenwasser entsteht, das — nachdem ein Teil abgelaufen, ein anderer verdunstet, ein dritter von den Pflanzen aufgenommen worden und ein vierter zur Sättigung der feinsten Wasseranahmevermögen verbraucht worden ist — tiefer in den Boden sinkt und von einer undurchlässigen Schicht zurückgehalten wird. Durch die Niederschläge wird dem Grundwasser von oben immer mehr Stoff zugeführt. Es müßte daher bis zur Oberfläche steigen, wenn es nicht durch mehr oder weniger günstige Gefälleverhältnisse nach der Seite im Boden langsam, aber stetig abfließen könnte. Es bewegt sich entweder auf die nächstgelegene Wasserader zu oder es tritt als Quelle zutage. Wird das Grundwasser vom Fluß oder Bach aufgenommen, so stehen beide Wasserspiegel im schwankenden Gleichgewicht. Verändert sich der Spiegel im Fluß oft nur um ein klein wenig nach unten oder oben, so wird auch das Grundwasser in der Nachbarschaft sich sofort danach einstellen.

Der Stand des Grundwassers wird sich aber meist nicht in gleichem Maße der Veränderung im Wasserspiegel des Flusses anpassen, sondern es können verhältnismäßig sehr große Schwankungen zwischen dem angehaltenen oder auch gesunkenen Wasserspiegel des Flusses und dem neuen Grundwasserspiegel eintreten. Genauere Angaben lassen sich hier im voraus leider wohl niemals machen, da die Kenntnis über Zufluß und Bewegung des Grundwassers naturgemäß lückenhaft ist und wohl auch bleiben wird. Nicht nur die Wasser-Verhältnisse, sondern auch die Bodenbeschaffenheit der angrenzenden Grundstücke usw. spielen eine große Rolle. Es kommt nicht selten vor, daß nach Ausführung eines Staues der Grundwasserspiegel im benachbarten Gelände höher steht als der gestaute Wasserspiegel im Fluß. Die Erklärung hierfür ist in erster Linie im Kapillaritätsgesetz zu suchen (nach dem in engen Röhren — Haarröhren — die Flüssigkeit höher oder tiefer steht als in den mit ihnen in Verbindung stehenden weiten Flüssigkeitsbehältern).

Die Erhöhung des Grundwasserspiegels — am Neckar wird fast ausschließlich dieser Fall in Betracht kommen — erstreckt sich unter Umständen mehrere Kilometer landeinwärts. Diese Einwirkung dürfte sich besonders im Schwemmboden der Rheinebene, zwischen Heidelberg und Mannheim, sehr bemerkbar machen. Aber auch oberhalb von Heidelberg ist wahrscheinlich der Einfluß auf den benachbarten Grundwasserspiegel nicht unerheblich, wenn man bedenkt, daß der Wasserspiegel des Neckars um mindestens 2,60 Meter gehoben wird, an verschiedenen Stellen sogar bis zu 8,50 Meter. Bei den vorausgesetzlichen 35, nach neueren Plänen 28 Staustufen tritt eine durchschnittliche Erhöhung des Neckarwasserspiegels um 4,50 Meter ein. Unter diesen Umständen dürfte der Kulturzustand der angrenzenden Weiler und Wiesen sehr in Mitleidenhaftigkeit gezogen werden, wenn auch die Grundwasser-Verhältnisse vieler Grundstücke, die bisher an Trockenheit litten, günstig beeinflusst werden.

Daß oft die Verhältnisse in dieser Hinsicht sich ganz anders gestalten, als berechnet und angenommen worden

ist, zeigt folgender Fall am Neckar: durch das Walzenwehr des Stuttgarter gehörigen Elektrizitätswerkes Pöppelweiler wurde 1909 ein Aufstieg des Neckarwasserspiegels um rund 4,00 Meter herbeigeführt. Da ein Teil des in der Nähe gelegenen Wiesengeländes, im Besitz der Gemeinde Hochberg, nur wenig über dem beabsichtigten Stau lag, wurde das ganze Gelände vertraglich soweit aufgefüllt, daß es mindestens 80 Zentimeter über dem ausgeführten Stau zu liegen kam. Theoretisch genügt also die vorgenommene Auffüllung durchaus. Praktisch hingegen zeigte sich, daß diese Annahme vollkommen unrichtig gewesen ist, denn im Frühjahr 1910, also kaum ein Jahr nach Ausführung des Staues, mußte die Wahrnehmung gemacht werden, daß sich in dem aufgefüllten Wiesengelände große Feuchtigkeit einstellte, ja das Wasser trat sogar an die Oberfläche. Der Grundwasserspiegel am Talhang stieg bis zu 1 Meter über dem angehaltenen Wasserspiegel des Neckars.

Der Einfluß des Staues zeigte sich deutlich, als er 1912 infolge einer Ausbesserung am Walzenwehr, aufgelassen werden mußte. Der Grundwasserspiegel im Gelände sank und die Wasserpegel auf den Wiesen verschwanden allmählich. Nach den angestellten Beobachtungen vollzieht sich der Abfluß des Grundwassers nach dem Neckar und umgekehrt die Einwirkung des Staues sehr langsam und zwar im Zeitraum von 3 bis 6 Wochen.

Auch an der Oder ist durch den angehaltenen Wasserspiegel ein beträchtlicher Schaden den benachbarten Grundstücken entstanden. Langwierige, kostspielige Prozesse waren die Folge.

Beim Nordostseekanal hat sich der Grundwasserspiegel auf einer Ausdehnung von 8 Kilometer mehr oder weniger gehoben, so daß zahlreiche Brunnen, Viehtränken usw. trocken geleert wurden. Die Senkung vollzog sich aber sehr ungleichmäßig, oft blieb das Wasser in der Nähe des Kanals in mächtigen Tiefen stehen, während es an anderen Stellen in weiter Entfernung vom Kanal verschwand. Da einzelnen Dörfern das Trinkwasser entzogen wurde, mußten auf Kosten der Kanalverwaltung einseitliche Wasserversorgungsanlagen gebaut werden.

Dieselben Erfahrungen machte man am Teltowkanal, am Elbe-Trankanal, bei dem Walzenwehr bei Schweinfurt und anderen Kanalbauten.

Diese Beispiele zeigen, daß die Wasserspiegelerhöhung oder Senkung auf die benachbarten Grundstücke von großem Einfluß sein kann. Auch am Neckar, wo sich der Stau auch auf die Nebenflüsse ausbreiten wird, dürfte die Einwirkung auf Weiler, Wiesen und Wälder groß sein. Vom Standpunkt der Landeskultur aus müßte deshalb unbedingt gefordert werden, daß so wenig wie nur möglich Staustufen ausgeführt werden und daß der verursachte Schaden, der nach der wasserrechtlichen Bestimmung vergütet werden muß, von einer Kommission festgesetzt wird. Dieser Schaden läßt sich allerdings erst dann richtig ermitteln, wenn man den früheren, d. h. den gegenwärtigen Zustand der Wiesen und Weiler gekannt hat. Es wäre deshalb unbedingt erforderlich, daß jetzt Erhebungen über die Grundwasser-Verhältnisse im Neckartal und über den Kulturzustand der angrenzenden Grundstücke gepflogen werden.

Die Grundwasser-Verhältnisse dürften wohl von den technischen Behörden in den letzten Jahren genügend geklärt worden sein, so daß die Veränderungen nach Ausführung der verschiedenen Staustufen leicht zu konstatieren sein werden. Die Festsetzung des Kulturzustands der Weiler und Wiesen im Neckartal ist wohl noch nicht gemacht worden; hier würde sich für die Landwirtschaftskammern in Karlsruhe, Stuttgart und Darmstadt ein weites und dankbares Feld der Betätigung bieten. Wer soll auch die Landwirte bei ihren späteren Ansprüchen tatkräftig unterstützen? Das kann doch nur die Landwirtschaftskammer als die berufene Vertreterin der Gesamtländwirtschaft. Es wird ihr diese Unterstützung um so leichter fallen, wenn sie schon jetzt im Interesse der Landwirtschaft den nötigen Stoff sammelt. Macht sich in den anschließenden Ländern am Neckar Druck auf die Ausführung einer Staustufe bemerkbar, so müßte dieses entweder durch Auffüllen unschädlich gemacht werden oder es könnte durch Entwässerung mittels Tränagen oder offenen Gräben

in das Unterwasser der Staunanlage entfernt werden. Ist dies nicht möglich, so wäre das Druckwasser auf künstlichem Wege, mittels einer elektrischen Pumpe, zu beiseitigen. Bei den kulturtechnischen Maßnahmen muß man jedoch immer Vorsicht walten lassen, denn einerseits muß die Vegetationskrone von Rasse befreit werden und andererseits muß sie von dem Grundwasser in trockenen Zeiten einen Vorteil haben. Diese Fragen sind nur unter Berücksichtigung der örtlichen Boden- und Wasser-Verhältnisse vom landwirtschaftlich-kulturtechnischen Gesichtspunkt aus einwandfrei zu lösen.

Der Einfluß der Neckarkanalisierung auf die Landeskultur ist insofern von großem Nutzen, als durch die Errichtung von Staustufen die oft so schädlichen Hochwasser von den Feldern und Wiesen während der Wachstumszeit ferngehalten werden. Es soll jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß die Hochwasser im Herbst und Winter für die Wiesen sehr nützlich sein können, da sich dann viele Dungstoffe auf den Wiesen ablagern.

Es wäre auch zu erforschen, ob sich die Neckarkanalisierung nicht dadurch in den Dienst der Landeskultur stellen würde, daß sie Wasser zur Bewässerung, sei es zur Vertiefung oder sei es zur Beregnung, an verschiedenen möglichst zahlreichen Stellen des Kanals zur Verfügung hat. Es wäre dies im Interesse der Landwirtschaft sehr zu begrüßen, da dann auf vielen Grundstücken der doppelte und dreifache Ertrag erzielt werden könnte.

Endlich ist wohl nicht nötig, besonders darauf hinzuweisen, daß bei Durchstichen oder Rekanalisierungen des Kanals möglichst auf die Landwirtschaft Rücksicht zu nehmen wäre, weil jeder Quadratmeter Boden im Neckartal landwirtschaftlich so notwendig gebraucht wird. Es müßten Mittel und Wege gefunden werden, um den Nutzen für die Landwirtschaft möglichst hoch zu gestalten und den Schaden auf ein Mindestmaß herabzuziehen, zumal den Neckartalgemeinden ohnedies von der Natur nur ein verhältnismäßig schmaler Streifen an beiden Seiten des Neckars zur Bebauung zugewiesen ist; dieses wenige Land ist für sie daher doppelt wertvoll.

Reichstag.

Berlin, 17. Dez.

Kaum war die Regierungskrisis wegen der Beamtenzulagen beseitigt, so drohte heute schon wieder eine Krisis, in deren Mittelpunkt ebenfalls der Reichsfinanzminister stand. Im Steueranschluß hatte sich das merkwürdige Ergebnis herausgestellt, daß von den drei Regierungsparteien zwei gegen die Regierungsvorlage der beschleunigten Einziehung des Reichsnotopfers waren. Im Ausschuss enthielten sich die Demokraten der Abstimmung, die Deutsche Volkspartei stimmte gegen den Entwurf. Das gab nun eine große Aufregung, die sich in die Vollziehung des Reichstags fortsetzte, wo die auf der Tagesordnung stehenden Anfragen ohne großes Interesse abgefertigt wurden. Die Hauptarbeit wurde wieder draußen in den Reichshäusern und in den Reaktionszimmern geleistet. Bis zum Abend war die Sache aber wieder einmütig. Das beschleunigte Reichsnotopfer, eine Weisung, die in der hundertjährigen Reichsgeschichte allerdings wenig Freude auslösen wird, wird nun die Zustimmung aller drei Regierungsparteien finden und da die Sozialdemokratie ebenfalls dafür stimmt, ist die Annahme gesichert. Die Krisis ist wieder behoben.

Eine Reihe kleinerer Vorlagen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Zur Strafverhütung — Schleichhandels und Wuchers berichtet Abg. Pöschel (D.D.): Im Interesse der Galtweiler hat der Ausschuss einen Antrag eingebracht, der Bestimmungen gegen die bisher noch nicht rechtskräftig abgeurteilten Zinsüberhandlungen gegen Strafbestrafen, die zum Schutze der Verkehrserleichterung erlassen worden sind, nicht mehr gestattet, soweit die Verkehrsregeln aufgehoben ist.

Abg. Rohrbach (F.): Die Schleichhandelsverordnung der bayerischen Regierung ist verfassungswidrig. Wir widerlegen uns jedem Versuch, das Gesetz zu einer Milderung der Strafen auszuheilen.

Abg. Dr. Grottel (D.D.): Die bayerische Verordnung ist eine Verletzung der Verfassung. Wir beantragen ferner, daß auch die Verschlebung von Kohlen und Maschinen ins Ausland bestraft wird.

Bayerische Gesandte v. Breuer: Die strenge Verordnung der bayerischen Regierung ist gerade im Interesse der Arbeiter

erlassen worden. Die bayerische Regierung hat ausdrücklich erklärt, daß sie bei dem Erlass entsprechender Maßnahmen durch die Reichsregierung die Verantwortung aufheben werde.

Abg. Brückner (N.S.P.): Die Rechtsprechung in den Schieber- und Wucherprozessen hat das Rechtsbewußtsein nicht befestigt. Manem ist heute in Deutschland oben.

Abg. Dr. Helmer: Bezüglich der bayerischen Verordnung schließe ich mich den Ausführungen des bayerischen Vertreters an. Von dem sofortigen Inkrafttreten dieses Gesetzes müssen wir wegen des besetzten Gebiets Abstand nehmen. Wir müssen das Gesetz der Rheinlandskommission vorlegen. Ob es in Kraft tritt, hängt von dieser ab.

In der Abstimmung wird die Ausschlußfalschung angenommen. Andererseits wird ein sozialdemokratischer Antrag, der die etwaige Heberweisung an die Landespostbehörde vorschlägt, angenommen. Der Annahmestempelgesetz wird angenommen, der Antrag Herrfeld auf Aufhebung der bayerischen Landesverordnung abgelehnt. Das Gesetz im ganzen wird einstimmig angenommen, auch in dritter Lesung.

Der Gesetzentwurf zum Schutz der Kreissteuerner gegen Zwangsablieferung, wird angenommen. Sodann wird auch das Steuerrecht mit einer Stimme Mehrheit über die erforderliche Zweidrittelmehrheit angenommen. Es stimmen 209 mit Ja, 124 mit Nein, 15 enthalten sich der Stimme.

Es folgt Fortsetzung der Aussprache über die Russenfrage. **Abg. Hülshoff (S.):** Das Reichsministerium muß in Zukunft die Verantwortung über die Gefangenen und Internierten übernehmen. Wir möchten wissen, wie Gegenstände, die vertraulich im Kabinett beraten werden, in die „Freiheit“ gelangen konnten.

Abg. Schenker (D.V.): Es geht nicht an, daß die nicht-bolschewistischen Kräfte von den Bolschewisten in den Lagern drangsaliert werden. Um die Günst der Sowjetregierung brauchen wir nicht zu kühlen.

Abg. Haas (D.V.): Unser Verhalten gegenüber Rußland darf nicht von Stimmungen beeinflusst sein. Die Disziplinargewalt muß in den Lagern in unserer Hand sein. Wir ist es unklar, daß man den Russen ihre eigene militärische Einstellung gelassen hat.

Reichsminister des Innern Dr. Simons: Wir haben uns zwecks Bemachung der Lager an den Verband gewandt, damit uns die Aufstellung besonderer Mannschaftsverbände gestattet werde, leider ohne Erfolg. Viktor Kopp ist der anerkannte Vertreter der Sowjetregierung und muß als solcher auch von den Parteien behandelt werden. Werbebüros werden von uns ernstlich unterdrückt werden.

Staatssekretär Graf Insh: Der Lagerkommandant von Salswedel ist nur aus dem Grunde entlassen worden, weil er es unterlassen hat, die unter Sondervertrag einberufenen Bewachungsmannschaften nach den Anforderungen des Tarifvertrags entsprechend den Weisungen der Regierung zu versehen.

Abg. Dr. Schüle (D.nat.Vo.) ist mit der Haltung der Regierung keineswegs zufrieden, ist aber bereit, dem Reichsfinanzminister mildere Umstände zuzubilligen. Aber wie kommt es denn, daß in Rußland noch 50 000 Gefangene sind, während es im Oktober nach Mitteilung derselben Regierung nur noch 13 000 waren?

Der Misstrauensantrag der Unabhängigen und Kommunisten wird abgelehnt und die Besprechung geschlossen.

Berlin, 19. Dez. Der Hauptauschuß des Reichstags hat das Pensionergesetz und eine Entschädigung der Deutsch-Nationalen angenommen, wonach Pensionäre und Beamten-Hinterbliebene, die jetzt Anspruch auf staatliche Versorgung haben würden, aber aus anderen Ursachen verstorben sind, durch Reichszuschüsse auf Bezüge entsprechend den geltenden Pensionengesetzen gebracht werden. Beim Haushalt des Reichspräsidenten hat der Hauptauschuß beschlossen, dessen Aufwandsgehalt von 100 000 auf 150 000 Mark zu erhöhen.

Neues vom Tage.

Die Konferenz in Brüssel.

Berlin, 19. Dez. Nach den Pariser Blättern haben die ungeschminkten Darlegungen des Reichsbankpräsidenten Haverstein über die finanzielle Lage Deutschlands auf die Sachverständigen des Verbands einen überraschenden Eindruck gemacht. Teils hegen sie Zweifel an dem Bericht, teils glauben sie einen neuen Weg eingeschlagen zu müssen. Sie haben die deutschen Vertreter um genauere Angaben gebeten. Die Deutschen werden verlangen, daß Deutschland mehr Schiffsraum gestattet werde. Geh. Bergrat Hilger ist als weiterer Sachverständiger nach Brüssel abgereist.

Der Pariser „Temps“ kommt wieder darauf zurück, daß man im Interesse Frankreichs Deutschland eine gewisse Schonzeit geben müsse, damit keine Andulrie

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne.

43 Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„So, was kostet der Hut?“ forschte Ella. Sie mochte Frau von der Mülbe nicht leiden, weil sie genau wußte, daß die vornehme junge Frau nicht sonderlich günstig über sie urteilte — nun wollte sie einen Trumpf ausspielen — den Hut nehmen, umsomehr, da er ihr so ansehnlich gefiel — aber diese hochmütige Frau sollte erst noch etwas gedemütigt werden.

„Wir wollen Ihnen den Hut billiger mit 55 Mark berechnen — eigentlich kostet er 60 Mark!“

„Das ist ja ein lächerlicher Preis — fast geschenkt! — Wieviel wollte Frau von der Mülbe dafür zahlen?“

„Das weiß ich nicht; Frau Gündel hatte den Hut mit ihr besprochen!“ versetzte Mary ruhig und bestimmt. Gabriele wurde rot; sie biß sich auf die Lippen und wendte sich an ihren Verlobten, der bis dahin kein Wort gesagt, nur die beiden Mädchen miteinander verglichen hatte und mit peinlicher Empfindung sah, wie hochmütig Ella gegen Mary war — „nun, Liebster, sag, wie gefällt dir der Hut?“

„Ausgezeichnet! Aber ich möchte doch erst sehen, ob er dir auch paßt.“ entgegnete er.

„Da hast du recht, Wolf! Dann sehe ich auch gleich, ob ich dir darin gefalle!“ Järrlich sah sie ihn an, während Mary ihr beim Probieren behilflich war.

„Gott, seien Sie doch nicht so ungechickt, Fräulein, Sie verderben mir ja die ganze Frisur.“ — Sie tun mir ja weh!“ herrschte Ella Mary an. Diese wurde dunkelrot, sagte aber nichts während Wolf sich gepeinigt wandte.

„So, bitte“ sagte Mary, Gabriele einen Handspiegel reichend, die sich mit dessen Hilfe in dem großen Spiegel aufmerksam betrachtete. „Nun?“ fragte sie ihren Verlobten erwartungsvoll.

leistungsfähig werde. Die Erzeugnisse der Deutschen Industrie müßten dann zugunsten Frankreichs beschlagnahmt werden, auf andere Weise werde Deutschland die Kriegsschuldigung nicht bezahlen können.

Die Zeitungsgeldordnung.

Berlin, 19. Dez. Der Reichspostminister hat dem Reichstag mitgeteilt, daß die Reichsregierung dem Antrag auf Hinausschiebung der Einführung der neuen Zeitungsgeldordnung keine Folge zu geben beschloßen hat.

Die Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig.

Berlin, 18. Dez. Als Wahltag für die Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig-Vorpommern wurde der 20. Februar 1921 bestimmt.

Erklärung Mölles.

Berlin, 19. Dez. Unterstaatssekretär Mölle erklärt, das Bankhaus Carlsbach u. Co. habe ihm allerdings eine Direktorstelle angeboten, er habe sie aber nicht angenommen. Er habe zwar dem Reichsfinanzminister sein Rücktrittsgesuch abgegeben unter Vorbehalt auf das Ruhegehalt, die Genehmigung sei aber bis jetzt noch nicht erfolgt.

Reichspostgewerkschaft.

Berlin, 19. Dez. In einer Versammlung der Post- und Telegraphenbeamten wurde gegen die Haltung des Deutschen Beamtenbundes in der Frage der Teuerungszulagen Einspruch erhoben und die Bildung einer Reichspostgewerkschaft verlangt. Weiter wurde eine sofortige Urabstimmung in den Betrieben über den Streik gefordert.

Abgewiesene Berufung.

Prizija, 19. Dez. In dem Beleidigungsprozeß des früheren Reichsfinanzministers Erzberger gegen den Reichsanwalt a. D. Dr. Helfferich war letzterer vom Berliner Landgericht zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Beide Parteien hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt. Das Reichsgericht hat nun in seiner Entscheidung vom 17. Dezember beide Berufungen verworfen.

Der Dena-Dienst erfährt aus parlamentarischen Kreisen, Erzberger werde sich in Rom als Schriftsteller niederlassen.

Die Marburger Studenten freigesprochen.

Kassel, 19. Dez. Gegen verschiedene Studenten der Universität Marburg war ein Verfahren eingeleitet worden, weil sie angeblich als Zeitfreiwillige bei dem Aufbruch in Mitteldeutschland im Frühjahr einige Aufständische erschossen haben. Das Schwurgericht sprach die Angeklagten entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts frei.

Ausschreitungen in Plauen.

Plauen i. B., 19. Dez. Anlässlich mehrerer Arbeitslosenversammlungen, in denen von der Stadt eine Weihnachtsbeihilfe von je 150 Mark verlangt wurde, kam es zu Ausschreitungen, wobei einige Fenster des Rathauses eingeworfen wurden. Unter dem Druck der Menge wurde die Forderung bewilligt. Es kommen über 11 000 Arbeitslose in Betracht.

Wahlscheine in Lippe-Detmold.

Detmold, 19. Dez. Der Landtag hat ein Gesetz angenommen, nach dem die Landtagswahlen mit sogenannten Wahlscheinen ausgeübt wird, da ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung jedes Jahr längere Zeit das Brot außerhalb des Landes verdienen muß. Die Neuwahl findet am 23. Januar statt.

Der neue Oberbefehlshaber für Danzig.

Genf, 19. Dez. Der Völkerbundsrat ernannte General Galing zum Oberbefehlshaber für Danzig auf die Dauer eines Jahres.

Aus dem besetzten Gebiet.

Koblenz, 19. Dez. Nach einer neuen Verordnung der Verbands-Rheinlandskommission sind die Eisenbahnen verpflichtet, vom 1. Januar 1921 ab einen Min-

destohlenvorrat für 35 Tage aufzubehalten. Ferner hat die Kommission ein weiteres Aufsichtsrecht über die Vollstreckung der von den verbündeten Militärgerichten verhängten Freiheitsstrafen beantragt.

Benizelitischer Putz.

Paris, 19. Dez. Nach einer Meldung aus Athen hat General Cimbrakakis, Oberbefehlshaber der griechischen Armee in Thrazien, den Versuch gemacht, in verschiedenen Gegenden der Provinz einen Aufstand hervorzurufen. Da der Versuch scheiterte, ist der General mit mehreren Offizieren nach Konstantinopel geflüchtet.

Nach dem „Echo de Paris“ hat der englische Botschafter dem Präsidenten Millerand mitgeteilt, daß die englische Regierung ihren Gesandten, sowie den englischen Militär- und Marinekommissar in Athen abberufen habe. Das Blatt glaubt, daß Italien sich diesem Vorgang Frankreichs und Englands anschließen werde. (Lord George wäre also wieder einmal umgefallen.) — König Konstantin hat nach dem Blatt während seines kurzen Aufenthalts in Venedig erklärt, er denke nicht daran, abzudanken.

Der Kampf in Irland.

Dublin, 19. Dez. Englische Truppen drangen in das Karmeliterkloster ein und nahmen eine Hansjuchung vor. Im Franziskanerkloster verhafteten sie den Vater Dominik, den Beichtvater des Bürgermeisters von Cork.

Krieg im Osten.

Konstantinopel, 19. Dez. Nach einer Meldung aus Tiflis haben die Sowjet-Truppen die armenische Grenze besetzt.

Kowno, 19. Dez. Die Polen häufen an der litauischen Grenze Kriegsmaterial an. Man erwartet einen neuen Angriff der Polen unter dem Oberst Bobricki, dem bisherigen Generalstabschef des Generals Seligowski.

Paris, 19. Dez. Die Kammer hat nach der Besprechung über die Entwaffnung Deutschlands und den Rücktritt des Kriegsministers Lefevre der Regierung mit 493 gegen 65 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Neuer Kriegsminister in Frankreich.

Paris, 17. Dez. (Havas.) Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten wurde der Abgeordnete Raiberti durch Dekret an Stelle von Lefevre zum Kriegsminister ernannt.

Krieg im Osten.

Konstantinopel, 17. Dez. Der Führer der Nationaltürken, Kemal Pascha, hat gegen die Einmischung der Moskauer Regierung in die armenische Republik, die sich als bolschewistische Räterepublik aufgetan hat, Widerspruch erhoben. Kemal unterhandelt mit dem griechischen Kommandanten über Angora. Dem Streit zwischen Kemal und Lenin wird für die Lage in Kleinasien große Bedeutung beigemessen.

Verteidigungsschrift des Kaisers?

Rotterdam, 19. Dez. Von hier wird den „Leipziger N. N.“ bestätigt, daß der Kaiser in Doorn an einer ausführlichen Verteidigungsschrift gegen die wider ihn erhobenen Beschuldigungen arbeitet. Ein bekannter Berliner Professor unterstützt die Arbeit, die veröffentlicht werden soll.

Vom Völkerbund.

Genf, 19. Dez. Zu der Verteilung der Mandate (zur „Beaufsichtigung“ gewisser Länder und der deutschen Kolonien) erklärt der Berichterstatter der Mandatkommission, Nansen-Norwegen, die Kommission sei auf die Frage der Zuständigkeit nicht eingegangen und sie solle auch nicht weiter behandelt werden. Die Kommission bedauert aber, daß der Völkerbundsrat die Mandate (unter sich) verteilt habe, ohne den Völkerbund zu hören. Die Kommission könne leider auch keine Vorschläge über die Verwaltung der Mandatländer machen, weil der Völkerbunds rat sich geweigert habe, der Kommission Auskunft zu geben. Die Kommission wünsche we-

„Du siehst sehr gut darin aus,“ war dessen aufrichtige Antwort, „nimm ihn, dann bist Du Deiner Sorge ledig.“

„Du hast gut reden, Liebster, weil Du es nicht verstehst. Ich bin nur noch gar nicht schlüssig.“

„Der Hut kleidet Sie ausgezeichnet, gnädiges Fräulein, ich würde Ihnen raten, ihn zu nehmen! Die Blumen würden wir durch andere ersetzen; da würde schon Rat geschafft werden!“

„Haben Sie nur denn weiter nichts? Sie verstehen — Sie wollen mich wohl gar nicht verstehen, Fräulein? — Ist denn Frau Gündel noch nicht zurück?“

„Wenn Sie gestatten, werde ich nachsehen.“

„Aber selbstverständlich — eilen Sie — wir haben nicht viel Zeit.“ Das Brautpaar war einen Augenblick allein. „Wie findest Du nun diese arrogante Person?“ fragte Ella.

„Ich finde sie bescheiden und höflich! Du scheinst aber sehr schwer zu befriedigen zu sein. Ich finde daß dir der Hut ausgezeichnet steht.“

Gabriele lachte gereizt auf. „Wirklich, weil das dumme Ding es sagt, sprichst Du es nach! Von einem hübschen Gesicht laßt Ihr Euch gar gern bestechen, wenn auch kein Funken Moral dahinter ist — und wir Damen müssen uns von solchen Personen bedienen lassen. Dieses Mädchen z. B. weiß ich genau, hat ein Verhältnis mit einem jungen Offizier gehabt, der ihrer überdrüssig geworden — jetzt hat sie längst schon Trost in den Armen eines anderen gefunden. Ich habe einen Widerwillen vor der Berührung mit solchen Geschöpfen, und doch ist man darauf angewiesen.“ Dabei sah sie ihren Verlobten unterwand an, während ein boshaftes Lächeln ihre Lippen schürzte. Wolf hielt eine verächtliche, zornige Antwort zurück, er zudte nur die Achseln und sagte:

„Für mich hätte es an Deiner Stelle zu wenig Interesse, so etwas nachzujagen — wer weiß, ob es wahr ist! Soich armes, auf sich selbst angewiesenes Mädchen hat ebenfalls seine Ehre!“

„Du bist ja ein warmer Fürsprecher für die armen Mädchen,“ sagte sie hohnvoll, „zufällig weiß ich es besser — meine Friseurin kennt diese Person und ihren Lebenswandel ganz genau, da sie im selben Hause wohnt.“ — sie hielt inne, da Mary mit Frau Gündel zurückkam. Letztere begrüßte Gabriele mit einem Wortschwall und der Versicherung tadelloser Ausführung. Gabriele entgegnete kurz: „Das will ich hoffen; leider will mich Ihre Diretrice gar nicht verstehen!“

„Aber Fräulein Mary — ich sollte doch meinen, daß Ihnen der Geschmack des gnädigen Fräuleins genügend bekannt sein dürfte,“ sagte Frau Gündel tadelnd zu dem jungen Mädchen. „Bringen Sie doch mal die vorn ausgeklagelten Hutformen, sowie das fertige Modell davon her. Warum haben Sie dem gnädigen Fräulein den roten Hut nicht gezeigt? Das wäre so etwas!“

„Ich meinte doch nicht! Fräulein Ulrich würde ihn nicht tragen! Er ist zu auffallend.“

„Sie haben gar nichts zu denken! Eilen Sie!“ — Mary gehorchte, dann sagte sie: „Frau Hauptmann von der Mülbe ist soeben gekommen; gestatten Sie, daß ich einige Augenblicke nach dem Laden gehe?“

„Ist Fräulein Hannel nicht da? — Ja? — Nun, dann ist Ihre Anwesenheit nicht nötig dort! Sie sind übrigens Diretrice und keine Verkäuferin mehr. Also bleiben Sie; nötigenfalls werde ich selbst gehen.“ Frau Gündel ließ wohlweislich Mary nicht gehen, da sie die einzige war, die bisher Gabriele zu deren vollster Befriedigung bedient hatte; in den verfloßenen Jahren hatte die verwöhnte Bankierstochter stets auszuheulen gehabt an ihren Hüten — bis es Mary verstand, deren Geschnad Rechnung zu tragen. Sie war ihr unentbehrlich; Mary war bei allen Damen wegen ihres bescheidenen, feinen Wesens und Geschmacks sehr beliebt, trotzdem sie eigentlich als Putzmacherin und nicht als Verkäuferin verpflichtet war.

(Fortsetzung folgt.)

nichtens, daß die Mandate nicht zu militärischer Verstärkung und Ausnutzung der Macht mißbraucht und daß die Bodenschätze des Mandatlandes nicht zum Nachteil der Bewohner ausgenutzt werden. (Deutschland hatte bekanntlich gegen die „Mandate“ Englands und Frankreichs über die deutschen Kolonien beim Völkerbund Widerspruch erhoben und das „Mandat“ für sich beansprucht, — eigentlich ein Unfium, denn man kann sich doch über seinen eigenen Besitz kein Mandat von Fremden übertragen lassen. Der Völkerbunds rat aber kümmert sich nichts um den Antrag, nicht einmal um die Kommission des Völkerbunds selbst.)

Die Vertretung von Chile übergab dem Völkerbund ein Schreiben: Die Regierung teile vollkommen den Standpunkt Argentiniens und unterstütze seinen Antrag, die Völkerbundsatzungen abzuändern.

Berlin, 19. Dez. Der Reichstag nahm in 2. und 3. Lesung das Pensionsergänzungs-gesetz in der Ausschussfassung an, wodurch die Alt- und Neupensionäre gleichgestellt werden. Der Grundgedanke der Anrechnung des Arbeitseinkommens soll in einem besonderen Gesetz entwickelt werden. Zur Deduktion der durch das Gesetz entstehenden Mehrausgaben kommt eine neue Steuervorlage ein. Das Haus nahm ferner einen Gesetzentwurf an, der eine außerordentliche Beihilfe für die Empfänger von Renten- und Invalidenversicherung vorsieht.

Die Einstellung der Ausleihszahlungen.

Berlin, 17. Dez. Die deutsche Friedensvertretung in Paris hat der Wiederherstellungskommission eine Note der Reichsregierung übergeben, worin die Einstellung der Ausleihszahlungen der im Dezember fälligen Summen angekündigt wird.

Nach Art. 14 der Anlage zu Artikel 296 des Friedensvertrags werden im privatrechtlichen Verkehr Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens mit Deutschland die Geschäftsschulden nicht auf privatem Wege auszusahlen, sondern durch die Regierung von Land zu Land mittels der Ausgleichskämter (Clearinghaus) geregelt. Deutsche Geschäftsleute, die auf Grund von Warenlieferungen usw. Forderungen in den Verbandsländern haben, müssen diese Forderungen bei dem deutschen Ausgleichskämter anmelden, ebenso melden z. B. englische Geschäftsleute ihre Forderungen an deutsche Kunden beim Londoner Amt an. Die so festgestellten gegenseitigen Schulden werden von den Ausgleichskämtern monatlich verrechnet und beglichen. Die überschüssende Schuldsumme ist eine Woche nach dem Monatsersten von dem betreffenden Land an das Gläubigerland zu bezahlen. Bei Deutschland ist es indessen so, daß sein etwaiges überschüssiges Guthaben von den Verbandsstaaten nicht ausbezahlt, sondern zurückbehalten und auf die „Wiederherstellungskosten“ verrechnet wird. Nun haben aber England, Frankreich und Belgien sehr viel größere Summen von Deutschland zu fordern als umgekehrt, nur Italien ist und mehr schuldig, als wir ihm zu bezahlen haben, aber von diesem seinem Guthaben erhält Deutschland nichts, sondern es wird, wie bemerkt, an der „Wiederherstellung“ abgeschrieben. Die deutschen Geschäftsleute müssen für ihre angemeldeten Guthaben natürlich vom Reichsfinanzministerium entschädigt werden.

Nun wurde aber das Ausbringen der abzuliefernden Summen in Devisen (Auslandswechseln) immer schwieriger, Barmittel stehen überhaupt nicht zur Verfügung. Die Ausfuhr nach den neutralen und anderen Ländern, die dem Ausgleichsvertrag nicht angeschlossen sind, wurde bei der zunehmenden Warenanhäufung in Amerika und England immer schwieriger und im ersten Halbjahr 1920 überstieg die deutsche Einfuhr, also die Zahlungsverpflichtung Deutschlands an das Ausland, die Ausfuhr, die das Geld aufbringen sollte, um 36 Milliarden Mark. Da hiedurch die Mittel für die Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen vom Ausland immer knapper wurden, so ist tatsächlich die Volksernährung schwer bedroht. Die Reichsregierung wandte sich daher bereits Mitte Oktober — bisher war davon nichts bekannt geworden — an die englische und französische Regierung mit dem Antrag, den Schuldbüro schuh eines Monats jeweils auf die Verrechnung des nächsten Monats übertragen zu dürfen. Diese Bitte um ein „Moratorium“, eine Zahlungsfrist, wurde abgelehnt, ebenso die Wiederholung des Antrags Mitte November. Inzwischen haben sich die Zahlungsschwierigkeiten so gesteigert, daß die Reichsregierung zu dem letzten Schritt sich entschließen mußte; die im Dezember fälligen Zahlungen bis auf weiteres ganz einzustellen, da auch die Verpflichtungen an Belgien eine außerordentliche Höhe erreicht haben. Dem Wiederherstellungsausschuß wurde zugleich eine ausführliche Darstellung der Finanzverhältnisse des Reichs zugestellt. — Es wird sich nun fragen, wie der Verband zu der neuen „Verlegung“ des Friedensvertrags sich stellen wird.

Landtag.

Stuttgart, 16. Dez.

(31. Sitzung.) Bei der Wiederannahme seiner Beratungen nach der den Ausschussarbeiten gewidmeten Pause, erließ die Landtag heute nachmittags zunächst fünf kleine Anträge über eine Staatsaktion zu Gunsten der Kleinstrentner, die Erbschaftsteuer und die Einkommensteuer, die dritte Lesung des Landstättengesetzes an. Ein Antrag Reil (Soz.), den Gemeinderat 30 statt 24 Mitglieder und dem Ausschuss noch 6 Millionen zu umfassen, damit sie ihren Kulturaufgaben besser nachkommen können, wurde nach einem Einverständnis des Herrn Graf neben die Stimmen der Sozialdemokraten, von 5 Bürgerparteilern und 10 Demokraten abgelehnt. Ein Antrag Wählberrner (D.D.P.) zu schloß nur bei vier Gemeindevorlägen von 25 Proz. anwärts zu genehmigen, vom Zentrum, den Demokraten und Sozialdemokraten angenommen. Dann beschloß die Landtag einen neuen Antrag, den Zuschlag zum Grundkataster auf 300 Proz. und zum Wählkataster auf 400 Proz. zu erhöhen. Nach einer kurzen Bemerkung des Finanzministers Beschling und einer polemischen Rede des Abg. Basille (D.P.), der als Folge der

betonten Politik unserer Feinde, unserer Schwäche und Fortschritt im Innern die Weltrevolution für die Zukunft ableitet, wurde die Sitzung vertagt.

Stuttgart, 17. Dez.

(32. Sitzung.) 3. Lesung des Stättengesetzes. Abg. Schief (D.D.P.) beantragte das Entzogen seiner Partei für 300 und 400 Proz. Zuschlag auf Grund- und Wählkataster. Finanzminister Beschling erklärte nochmals die Unmöglichkeit des Zuschlags ausführend. Abg. Reil (Soz.) bedauert die zu späte Vorlesung dieser Statistik. Abg. Watz (Zentr.) hielt an den Beschloß der 2. Lesung (200 und 300 Proz.) fest und trat bezüglich des Grundkatasters für den Antrag Schief-Schuler ein. Abg. Basille (D.P.) warnte vor einer zu großen Belastung der Landwirtschaft ausdrücklich.

Abg. Köhmann (D.P.) stimmte den Anträgen der Linken zu, verwahrt aber eine verschärfte Heranziehung der Industrie. Abg. Albrino (Z.) vermißt bei der Demokratie und Sozialdemokratie die Liebe zur Landwirtschaft.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag auf 200 und 400 Proz. von der Rechten, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei gegen die Demokratie, Sozialdemokratie, Unabhängige und Kommunisten abgelehnt und der auf 200 und 300 Proz. lautende Antrag mit den Stimmen des Zentrums, der Demokratie, der Bürgerpartei und der Deutschen Volkspartei angenommen. Beim Grundkataster von Unternehmungen wurde der bei 3000 Mk. bezuende Antrag Reil gegen Sozialdemokratie, Unabhängige und Kommunisten abgelehnt und der Antrag Schief-Schuler in namentlicher Abstimmung mit 77 gegen 14 Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag Reil wegen Schonung der kleineren Gesellschaften und Beibehaltung des jetzigen Abzugs von 20 Proz. wurde in namentlicher Abstimmung mit 38 Nein und 7 Enthaltungen gegen 43 Ja abgelehnt, dagegen der Antrag Reil angenommen, bei Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Gesellschaften m. b. H. den Abzug bestehen zu lassen, wenn das Steuerkapital nicht mehr als 3000 Mk. beträgt. Dafür stimmten alle Sozialdemokraten und Demokraten, sowie vom Zentrum die Abg. Andre, Groß, Gensler, Kühle und Dr. Schermann. Bei der namentlichen Schlußabstimmung wurde das Gesetz mit 59 Ja und 23 Nein (Bauernbund, Unabhängige und Kommunisten) angenommen.

Der Kataster wurde bis 31. März 1921 verlängert, das Körperkatastergesetz, das die Beförderungsbefähigung für 1 Hektar Wald auf 5 Mk. ansetzt, in 2. und 3. Lesung und in der Schlußabstimmung mit großer Mehrheit angenommen. Das Schulstättengesetz rief eine längere Aussprache hervor. Es handelte sich hauptsächlich um Art. 2, wonach es bezüglich der Schulschulden bei den bisherigen Gemeindefeststellungen bleibt und den Mehrantrag für 1920 der Staat trägt. Die Aussprache kam heute noch nicht zu Ende und wird am Samstag vormittag 9 Uhr fortgesetzt, worauf das Haus in die Weihnachtsferien eintritt.

Stuttgart, 18. Dez.

(33. Sitzung.) In der letzten Sitzung vor den Weihnachtsferien hat der Landtag das Schallaßengesetz gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Die Beendigung der 2. Beratung erbrachte noch eine umfangreiche Aussprache über die Gemeindefeststellungen bei den höheren Schulen, woran sich die Abg. Kurz (Soz.), der Richtermeister Dr. Behringer (D.P.), Dr. Egelhaaf (D.P.), Fiegler (D.P.), Wählberrner (D.D.P.), Löchner (D.D.P.), Dr. Fuchs (D.P.), Winkler (Soz.), Dr. Schermann (Zentr.) und der Kultminister Dr. Hieber beteiligten, zum Teil mit eigenen Anträgen. Es handelte sich in der Hauptsache um das Fortbestehen der kleinen Latein- und Realschulen auf dem Lande. Man erklärte sich auf den Ausschussantrag, daß die Gemeinden die Hälfte der Leistungen zu tragen haben.

Die übrigen Artikel des Gesetzes wurden nach den Ausschussanträgen angenommen bis auf die Trennungszulage, bei der der Regierungsvorschlag wieder hergestellt wurde, wonach die Gemeinden, die zur Stellung einer Dienstwohnung verpflichtet sind, die Trennungszulage ganz zu tragen haben.

Ein Antrag des Bauernbunds, den bedürftigen Gemeinden für ihre Anlagen für Handarbeitsunterricht Zulagen wie den Städten für die Frauenarbeitschulen zu gewähren, wurde angenommen. Eine große Anfrage Watz (Zentr.) wegen der Notlagen der staatlichen und körperschaftlichen, im Ruhestand lebenden Beamten fand eine entgegenkommende Antwort des Finanzministers. Wir haben in Württemberg 2500 Pensionäre, 4100 Witwen und 1550 Waisen von Beamten.

Die nächste Sitzung legt der Präsident fest, sobald (vorwiegend nach dem 12. Januar) das Körperschaftsgesetz vorliegt.

Württemberg.

Stuttgart, 19. Dez. (Amtsmüde.) Der „Schw. Tagwacht“ zufolge soll „in parlamentarischen Kreisen“ verlauten, der Arbeits- und Ernährungsminister wolle wieder auf seine Direktorstelle bei Daimler zurückkehren. Das Städt. Korr.-Bur. kann indessen bestätigen, daß der Minister nicht amtsmüde ist.

Stuttgart, 19. Dez. (Warnung vor Schwindlern.) Ein Mensch ringelt an der Glasküre. Er tut sehr bekannt und stellt sich vor als früherer „Einquartierung“ oder erinnert an sonstige Bekanntheit aus dem Krieg; hat er vorher in Erfahrung gebracht, daß in der Familie ein Hilfschweher für Verwundetenpflege ist, so erscheint er, u. m. nachträglich seinen Dank für die „gute Verpflegung“ auszudrücken. Gewöhnlich gibt es zunächst ein Erstaunen, denn die „Schweher“ kann sich nicht erinnern, den Mann je gesehen zu haben. „Aber Schweher, kennen Sie mich wirklich nicht mehr? Ja, ich habe mich in Zivil allerdings verändert“ usw. Zum Schluß erhält der Schwindler dann doch das kleine Darlehen, das er schnell braucht, um zu seiner Familie in Dingsda heimzukommen. Er hat bei den Besorgungen in der Stadt mehr verbraucht, als er vorgesehen hatte. Das Darlehen wird er pünktlich beim nächsten Gang zur Stadt wieder bringen. Das Geld ist natürlich auf Nummerwiedersehen verschwunden. Der Kerl scheint aber kein schlechtes Geschäft zu machen. — Ein anderer Schwindler, vielleicht ist es auch der gleiche, sammelt für das Notopfer des Schwäbischen Alderens, ansehend auch nicht ohne Erfolg.

Hessigheim O.A. Besigheim, 19. Dez. (Zum Beispiet.) Die hiesigen Landwirte haben ihre Getreide in vorbildlicher Weise abgeliefert, einzelne Landwirte sogar noch weit über ihre Lieferungsfrist. Hier greifen nun die Bergaufsichtigen Platz, daß die Mah- und Schrotarten für die Selbstversorger auf die von ihnen beantragte Menge vom Ortsvorsteher ohne weiteres ausgestellt werden dürfen.

Ellwangen, 19. Dez. (Ein gefährlicher Bandendieb.) Der 28 Jahre alte Hilfsarbeiter Otto Klaus von Großheppach, O.A. Wailingen, wurde von der Strafammer wegen Bandendiebstahls zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. In Gemeinschaft mit dem Julius Mayer aus Großheppach, der aus dem Amtsgerichtsgefängnis Schornberg entflohen ist und nun in der Fremdenlegion in Algier seine Sünden abbüßt, hatte Klaus im April d. J. im Rems-

tal viele schwere Einbruchsdiebstühle verübt. So wurden aus der Möbelfabrik Beutelsbach Leder und Treibriemen im Wert von 35 000 Mk., bei der Firma Busch in Rommelshausen drei Schreibmaschinen im Wert von 25 000 Mk., aus einem Landhaus in Buch Gegenstände im Wert von 10 000 Mk., im Auktionshaus Jrid solche von 6000 Mk., bei der Witwe Rägele in Korb Lebensmittel für 3000 Mk. gestohlen. Zahlreich sind die sonstigen Diebstähle von Lebensmitteln in verschiedenen anderen Orten. In der Wohnung des Klaus fand man ein großes Lager von gestohlenen Sachen.

Lüdingen, 19. Dez. (Von der Universität.) Im laufenden Winterhalbjahr wird die Universität von 2782 Studierenden besucht. Darunter sind 1061 Württemberger und 159 weibliche Studenten.

Stuttgart, 17. Dez. (Anfragen im Landtag.) Die Abg. Egelhaaf und Bides (D.P.) haben in einer kleinen Anfrage die Regierung aufgefordert, bei der Reichsregierung auf die Veröffentlichung einer Gegenliste der feindlichen Kriegsgreuel hinzuwirken. Eine weitere Anfrage weist auf die Tatsache hin, daß in das Truppenlager Münsingen 2000 von den in Deutschland untergebrachten 80 000 Geangenen des bolschewistischen Heers verbracht werden sollen, die ohne Zweifel den Abjauch der anderen Internierungslager darstellen. Es wird gefragt, was die Regierung zu tun gedenke, um die drohende Gefahr abzuwenden oder doch Zuständen vorzubeugen, wie sie in der Reichstags-sitzung vom 15. Dezember von dem Abg. Hennig aufgezeigt wurden.

Stuttgart, 17. Dez. (Berufung.) Nach dem „N. Tagblatt“ hat der Vorstand des hiesigen Stadterweiterungsamts, Oberbaurat Muesmann, einen Antrag als Baudirektor und Beigeordneter der Stadt Ditzelborn erhalten. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Stuttgart, 17. Dez. (Verschmelzung der Handelskammern.) Nach der „Wirt. Ztg.“ ist beabsichtigt, die sieben Handelskammern Württembergs in eine mit dem Sitz in Stuttgart zusammenzulegen und für den Zweck den dem Herzog Wilhelm zu Württemberg gehörigen Wilhelmspalast in der Neckarstraße anzukaufen. Der Kaufpreis soll 15 Millionen Mark betragen. Syndikus der vereinigten Kammer soll Dr. Allen, der seitberige Syndikus der Stuttgarter Handelskammer, werden.

Stuttgart, 17. Dez. (Lehrerwünsche.) Der Wirt. Lehrerverein hat auf seiner Vertreterversammlung am Sonntag zur Besoldungsfrage eine Entschließung gefaßt, in der die von dem Deutschen Beamtenbund erhobene Forderung einer allgemeinen Erhöhung des Teuerungszuschlags unterstützt wird. Die Kosten für die Lebenshaltung seien gegenüber 1913 um das 10-12fache höher geworden, die Gehälter der Beamten und Lehrer nur um das 4-5fache gestiegen. Verlangt wird eine Einflutung, die es jedem Lehrer ermöglicht, in nicht zu hohem Alter in die Besoldungsgruppe IX zu kommen, Vorrücken nach Dienstalter, Vereinerung der Voranwärterjahre, sofortige Vinderung der Postlage der Pensionäre und Witwen, Gleichstellung der Bezirksschulräte mit den Vordirektoren der anderen Bezirksstellen.

Baden.

Karlsruhe, 17. Dez. Die evangelische Kirchenregierung hat die Dekane v. Schöpffer-Mannheim und van der Floe-Pforzheim zu Kirchenräten ernannt.

Karlsruhe, 17. Dez. Der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene wurden von der Süddeutschen Disfonto-Gesellschaft, Filiale Karlsruhe, 5000 Mark, sowie weitere 1000 Mark im Auftrag eines Herrn, der nicht genannt sein will, überwiesen. Wie wir hören, wurde kürzlich der Geschäftsführer der Gesellschaft für soziale Hygiene vom Reichsfinanzminister Dr. Birtz in der Angelegenheit der Familienversicherung empfangen.

Pforzheim, 17. Dez. Von dem hiesigen Standesamt wurde gestern das 1000. Brautpaar in diesem Jahr getraut. Es erhielt eine Plakette und ein Glückwunschschreiben des Stadtrats. In den letzten Jahren vor dem Krieg betrug die Höchstzahl der Trauungen 700.

Bretten, 17. Dez. (Von Zigeunern entführt.) Hier wurde die 10 Jahre alte Tochter des Händlers Johann Siegler aus Landau von einer 17-20 Jahre alten Zigeunerin namens Crist, die sich in Begleitung des Zigeuners Reinhardt besand, entführt. Der Vater des entführten Mädchens setzt 500 Mark Belohnung aus.

Heidelberg, 17. Dez. Fräulein Bannebatter, eine bekannte Persönlichkeit, feierte gestern den 70. Geburtstag. Sie ist die Tochter eines der „Getreuen von Jever“ (Lidenburg), die jährlich am 1. April dem Fürsten Bismarck 101 Kiebigkeiten zum Geburtstag verehren.

Heidelberg, 17. Dez. Eine der ältesten Heidelberger Studentenverbindungen, das Corps „Saxo-Borussia“, konnte heute sein 100jähriges Bestehen feiern. Das Corps zählt u. a. den König Konstantin von Griechenland zu seinen Angehörigen. Der bekannte Romanschristlicher Dikar Meding (Gregor Samarow) hat in seinem Roman „Die Saxo-Borussia“ eine Episode aus der Geschichte des Corps geschildert.

Heidelberg, 17. Dez. Kirchenrat Echenl kann heute seinen 75. Geburtstag begehen. Er stammt aus Nassig bei Wertheim und war 30 Jahre lang in Uetersch. Seit 1915 befindet er sich hier im Ruhestand. Sein Pfarrhaus in Ueterschiff hatte er zu einem Heimatmuseum angefaßt und sich um die Denkmalpflege im Frankenland besondere Verdienste erworben. Mehrere Bändchen Gedichte sind aus seiner Feder erschienen.

Mannheim, 17. Dez. Dem Personal der „Rollenbahn“ wurde auf 1. Januar gekündigt mit der Be-



gründung, daß von diesem Zeitpunkt ab das Blatt nicht mehr hier, sondern in Stuttgart als Tageszeitung erscheint.

Tilisee, 17. Dez. Zwei beim Bahnbau der neuen Linie Tilisee-Schluchsee beschäftigte Burtschen von Bilingen ließen sich von einem Agenten für die französische Fremdenlegation beschwären und gingen mit ihm.

Achern, 17. Dez. In Mösbach wurde ein Einbruch bei dem Richter des Kreditvereins Schott verübt. Die Eheleute erwachten durch das Geräusch und konnten den mit einer Maske versehenen Einbrecher verfolgen, wobei Schott leider nicht gelang, dem Eindringler die Maske vom Gesicht zu reißen. Gestohlen wurde nichts.

Bretten, 17. Dez. (Von Zigeunern entführt.) Hier wurde die 10 Jahre alte Tochter des Händlers Johann Siegler aus Landau von einer 17-20 Jahre alten Zigeunerin namens Crist, die sich in Begleitung des Zigeuners Reinhardt befand, entführt. Der Vater des entführten Mädchens setzt 500 Mark Belohnung aus.

Lozales.

Gehaltszahlung. Wie wir vernehmen, werden die Gehalte und Pensionen bei der Eisenbahnerverwaltung noch vor Weihnachten und zwar in den ersten Tagen dieser Woche ausbezahlt.

Die Zweigstellen des Reichsverkehrsministeriums werden vom 1. Januar 1921 ab in Dresden, Stuttgart und Karlsruhe aufgehoben; die Dienstgeschäfte gehen in der Hauptsache auf die Eisenbahn-Generaldirektionen über.

Der Schulbeginn. Der bayerische Landtag erklärte sich einstimmig für den Schulbeginn im Herbst, auch wenn er im übrigen Reich auf Ostern eingeführt werden sollte.

Beschlagnahme von Lebensmitteln. Im bayerischen Landtag wurde folgende Anfrage eingebracht: „Ist der bayerischen Regierung bekannt, daß in den Schnellzügen München-Bialz auf der Würtemberger Strecke den Reisenden Lebensmittel, die nicht rationiert sind, durch eigene Beamte beschlagnahmt und weggenommen werden, auch wenn die Reisenden von Bayern nach Bayern (Bialz) reisen? Ist die Regierung bereit, gegen dieses Vorgehen einzuschreiten?“

Die Kapitalertragssteuer erstreckt sich bekanntlich auch auf das geringste Guthaben bei einer Sparkasse. Aber auch die Sparkassen müssen 10 Prozent als Kapitalertragssteuer einbehalten, die sie ihren Einlegern auf Spar- und Giro-Einlagen vergüten. Die Steuer wird an das Finanzamt abgeführt, das für die Sparkassen zuständig ist. Diese Kassen pflegen nun die Zinsen im Voraus zu berechnen. In jeder Einlage berechnen sie die gesamten Zinsen bis zum Abschluß des Rechnungsjahrs. Die Berechnung der Kapitalertragssteuer macht dabei erhebliche Schwierigkeiten. Der Reichsminister der Finanzen hat deshalb diesen Kassen gestattet, die Kapitalertragssteuer in der Weise zu errechnen, daß sie der laufenden Zinsberechnung einen Zinsfuß zugrunde legt, der um die Kapitalertragssteuer gekürzt ist. Ein Neuntel der vergüteten Zinsen führen sie als Kapitalertragssteuer ab. Bei der Abführung dieses Betrags haben sie die Höhe des unverkürzten Zinsfußes und die Gesamtsumme der vergüteten Zinsbeträge mitzuteilen.

Rosenkohl und Blumen im Winter. Der Rosenkohl hält den gewöhnlichen Winter ohne Schutz aus. Sind die Rosen noch nicht gut ausgebildet, so schneidet man die Hauptblätter und die Spitzen ab. Sind die Rosen gut ausgebildet, so läßt man sie ruhig stehen, sonst werden sie durch Saftzufluß leicht zum Durchtreiben veranlaßt. Die Blumen haben im Winter ihre Ruhezeit. Während dieser Zeit stelle man sie auf die Bühne, wo es nicht allzu kalt ist, und verabreife ihnen ab und zu Wasser, aber nicht zu viel. Die Blumen dürfen auf keinen Fall Frost bekommen. Feinere Arten leiden schon, wenn sie zu nahe bei den Fensterscheiben stehen.

Steuerabzug bei Heimarbeiterinnen. Von zuständiger Seite wird der „Karlstr. Bg.“ geschrieben: Es ist bekannt geworden, daß Heimarbeiterinnen, die seit langen Jahren für Geschäfte tätig waren, die Arbeit einstellen und für Privatwirtschaft tätig werden, mit der Begründung, daß ihnen hier kein Steuerabzug gemacht werde. Privatpersonen, die solchen Heimarbeiterinnen Beschäftigung geben, sind aber ebenfalls verpflichtet, an dem Lohn, den sie ihnen ausbezahlen, den Steuerabzug zu machen; sie machen sich bei Steuerhinterziehung mitschuldig, wenn sie dieser Verpflichtung nicht vorschriftsmäßig nachkommen.

Zum Jahreswechsel

empfehlen wir sämtliche
Neujahrs-Glückwunsch-
und Visitenkarten in jeder
Ausführung bei billigster
und schnellster Lieferung

BUCHDRUCKEREI WILDBADER TAGELATT

Der Nationalfeiertag. Es verlautet, daß zurzeit zwischen der Reichsregierung und den Landesregierungen Verhandlungen stattfinden, nach denen der 18. Januar (Gründung des Reichs 1871 in Versailles) als deutscher Nationalfeiertag festgesetzt werden soll.

Die Fleischpreise.

Der württ. Ernährungsminister Dr. Schall erklärte auf eine Anfrage: Die Preissteigerung in Fleisch ist eine in ganz Deutschland auftretende Erscheinung. Es muß mit allen Mitteln versucht werden, zum mindesten eine weitere Preissteigerung zu verhüten. Das Reichsministerium hat erklärt, daß es zur Festsetzung von Viehpreisen nach Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht in der Lage sei. Dagegen haben der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, der Reichsbund der Viehhändler und der deutsche Fleischerverband den ihnen angeschlossenen Landesorganisationen vorgeschlagen, das Reich in acht Wirtschaftskreise einzuteilen und in jedem dieser Gebiete einen Ausschuß aus Vertretern der Landwirtschaft, des Metzgergewerbes, der Viehhändler und Verbraucher einzusetzen, dem vor allem die fortlau-

rende Beobachtung der Preisbildung und die Feststellung und Verhinderung schädlicher Auswüchse in der Preisbildung, sowie die Ermittlung gewisser Preisgrenzen unter entsprechender Anpassung an die Handelsgebräuche und die Beschaffenheit der in Frage kommenden Tiere obliegen soll. Zu diesen Vorschlägen stehe die Haltung der württ. landwirtschaftlichen Organisationen noch in einem gewissen Gegensatz. Nachdem genauere Unterlagen für diese Vorschläge des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft usw. bekannt geworden sind, wird es sich für das Ernährungsministerium darum handeln, erneut an die betr. Landesorganisationen, vorab die württ. Landwirtschaftskammer heranzutreten.

Bermischtes.

Kinderhilfe. Die Schauspielerin Hermine Steiner-Blaub hat ihre Juwelen für die Kinder Münchens geopfert. Die Juwelen sind dieser Tage in Haag (Holland) verlost worden und erbrachten den Betrag von 2 Millionen Mark.

Erdbeben. Verschiedene süddeutsche Erdbebenwarten verzeichneten Donnerstag nachm. 1.15 Uhr eine ungewöhnlich starke Erderschütterung, deren Herd in einer Entfernung von 7700, nach der Höhenmeter Aufzeichnung 12000 Kilometern, etwa Mandschurei oder Westindien vermutet wird.

Brand. In Landsberg a. Warthe ist die Maschinenfabrik von Jähne u. Sohn vollständig niedergebrannt.

Infolge eines schweren Explosion entstand im Vollzeugschiff in Berlin ein starker Brand, der den Dachstuhl und verschiedene Diensträume zerstörte. Viel wertvolles Aktenmaterial ist verbrannt. Die Entstehungsurache ist noch dunkel.

Raub. In Kattowitz brachen 50 mit Pistolen bewaffnete Räuber in das Verwaltungsgebäude der Schella-Hütte ein, festelten den Ingenieur und ertrugen den Selbstmord. Sie entnahmen mit einer Beute von 195000 Mark.

Eisenbahnunfall. Zwischen Süßenbrunn und Wagram stieß infolge falscher Weichenstellung ein Personenzug der österr. Reichsbahn auf eine Lokomotive. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

Geheimnisvoller Leichentransport. Aus Shanghai wird berichtet, dort seien unter Begleitung von drei uniformierten Kulis zwei Särge eingetroffen, die vermutlich die Leichen des Zaren und der Großfürstin Elisabeth Feodorowna, geb. Prinzessin von Hessen, Gemahlin des Großfürsten Sergius, eines Nechins des Zaren, enthalten sollten. Die Särge seien zwei Jahre lang durch Rußland, Sibirien und Sibirien unterwegs gewesen.

Eingefandt.

Seit langer Zeit wurde für die den Brotkarten beigegebenen Aushilfsmarken nichts mehr verabsolgt, so daß die Einwohnererschaft auch diesmal in dem Glauben war, die Karten seien überflüssig. Teilweise wurden sie weggeworfen, teilweise an den Karten angehängt gelassen und so dem Bäcker beim Brotholen gebracht, wo sie weggeschneitten und weggeworfen wurden, zum Schaden der Verbraucher. Am 14. wurden die Karten ausgegeben und am 17. machte das Lebensmittelamt erst bekannt, daß es auf die Aushilfsmarkte Mehl gebe. Warum wurde bei der Kartenabgabe nicht gleich darauf aufmerksam gemacht, daß diesmal die Aushilfsmarkte einen Wert besitzt? Das Lebensmittelamt wußte genau, daß man täglich auf das Eintreffen des Mehles rechnen mußte und sollte sich doch darüber klar sein, auf welche Marken das Mehl abgegeben wird. Durch das unterlassen der Anzeige bei der Kartenabgabe sind jetzt verschiedene Marken nicht mehr vorhanden und die Bäcker erhalten Unannehmlichkeiten und die Leute erhalten kein Mehl oder haben Schwierigkeiten bis ihnen ihr Recht wird. Etwas mehr Interesse für die Verbraucher von Seiten des Lebensmittelamtes wäre am Platze.

Die Bäcker-Innung.

Hülsenfrüchte und Kartoffeln.

Am Mittwoch, den 22. Dezbr. werden von 9-12 Uhr wieder Hülsenfrüchte und Kartoffeln abgegeben.
Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Die Schachspiel-Interessenten,

(auch die verehrl. Damen) werden frdl. gebeten, sich am Montag abend 8 Uhr im Cafe Lindenerger einzufinden zu wollen.

Wegen Bauarbeiten ist unsere Kasse am

23., 24. und 28. Dezember

nur für dringende Fälle von

10 bis 12 Uhr vormittags geöffnet.

Am 27. Dezember ist dieselbe während des ganzen Tags geschlossen.

Wir bitten unsere verehrliche Kundschaft, ihre Verfügungen rechtzeitig zu treffen.

Direction der Disconto-Gesellschaft
Zweigstelle Wildbad.

Sonderangeb. z. Weihnachten!

Zu bedeutend herabgesetzten Preisen:

Zigarren Zigaretten Tabake
55, 60, u. 70 Pfg. von 20 Pfg an 3.50, 4., 4.50, 5.50 und höher.
aller bek. Marken reiner Blättertabak.

Nur solange Vorrat! **E. DAUR** Cigarren-Geschäft.

NB. Der Verkauf findet im Schwarzwald-Bazar, Hauptstraße 79 statt.

Ortsverein Wildbad der württ. Bürgerpartei (Dtshn. Volksp.)

Familien-Abend

verbunden mit einer Weihnachts-Feier
am 22. Dezember, abends 8 Uhr
im Kühlen Brunnen in Wildbad.

/// Mitwirkende: ///

Frau Dr. Schwab (Sopran), Herr cand. med. Holl (Violine), Herr stud. med. Chr. Köslor (Klavier) und der Chor des Ortsvereins Wildbad der Württ. Bürgerpartei.

/// Redner: ///

Herr Generalsekretär Noos-Stuttgart über „Deutsche Aufgaben“.

Wir laden zu diesem Abend jedermann, der unserer Sache nahesteht, besonders aber alle unsere Mitglieder recht herzlich ein!

Da zeitig begonnen wird, so wird um pünktliches Erscheinen gebeten.

Der Ausschuß.

!Goldei!

Eine Flasche enthält fünf vollwertige Eier.
Kein Ersatz!

Drogerie H. u. W. Schmit.

Verein ehem. Soldaten und Kriegsteilnehmer.

Vom Fußball-Verein hier ist Einladung an die Kameraden ergangen zu der am Samstag, den 25. Dezbr. abends 7 Uhr stattfindenden Weihnachtsfeier in der Turnhalle.

Zwicker,

mit Lederfutteral, gefunden. Abzuholen gegen Einrückungsgebühr bei Uhrmacher Bött.

Empfehle für **Strassen- und Wegbau,**

Balz-, Fild- und Feinschotter, Schwegties;

Für Bauarbeiten: Mauersteine, Betonflies, Mauerfand.

Anerkannt prima **Muschelkalk.**

Theodor Straub, Schotterwerk, Enzberg. Tel. 10.

Meiner früheren werten Kundschaft zur gest. Kenntnis, daß ich wieder

Stuttgarter Würstwaren

in bekannter Güte führe. Hermann Ruhn, Palmengarten.

Bestellungen

auf **Maismehl, Maisgries, Maischrot, Maisfuttermehl,** nimmt bis 24. Dezember entgegen **Georg Friedrich Haag, Sprollenhans.**

Ein Posten **Spielwaren, Christbaum-Schmuck und gekleid. Puppen**

werden um zu räumen, äußerst billig abgegeben.

Gleichzeitig empfehle ich mein reich sortiertes Lager in **Majolika-Vasen,**

Kaffec- u. Tee-Servicen, Holzschnitzereien,

Uhren, Wecker und Schmuckwaren.

E. Daur, Schwarzw.-Bazar.

Zum 1. Januar **Mädchen od. Junge**

gesucht. Stadtapotheke.

Weihnachts-Kerzen

= Nicht tropfende **Wachs-Kerzen**

= **Komposit-Kerzen.**

= **Medicinal-Drogerie**
A. & W. Schmit.

